

VERBUND DER HILFATRIEBEN SIEBENBÜRGER SACHSEN  
UND BANATER SCHWABEN

(innerhalb und außerhalb der siebenbürgisch-schwarzenburger Landmannschaften)

*Nur für Information  
Schutack*

An die  
Redaktion des "Donauschwaben"  
Postfach 1680  
7080 Aalen

Olga und Dr. Dr. Bruno Knopp  
Hortensienstraße 6  
8500 Nürnberg  
Tel. 09 11/64 42 75

Bankverbindung:  
Stadtparkasse Nürnberg  
Konto-Nr. 3 869 437

Sehr geehrte Herren!

Die Veröffentlichung des Aufrufes von Herrn Jackson, sich zwecks Aussiedlung aus Rumänien an ihn zu wenden, hat mich zutiefst geschmerzt. Auch die Veröffentlichungen ~~un~~ uninformativer Personen in Form von "Leitartikeln", wie die von Arpad Hermann wird der Sache kaum dienen. Ich sehe gerne darüber hinweg, weil ich weiß, daß Sie es gut meinen. Ich befürchte aber, es wird die Zeit kommen, wo Ihr Vorgehen ein Nachspiel haben könnte bei Personen, die nicht so leicht verzeihen wie ich. Die Angelegenheit hat nicht nur materialistische Seiten "amerikanischen" Wohlergehens, die Sache hat auch juristische und ideelle Seiten.

Es dürfte Sie interessieren, daß mir Ihr Mitarbeiter, Herr Dr. Fritz Zimmermann aus Wien, ein eingehendes Schreiben in der Aussiedlungs- bzw. Nichtaussiedlungsfrage übersandt hat. Ich habe vorgeschlagen, daß auch Herr Dr. Weidlein in die Diskussion eingeschaltet wird.

Die rumänische Regierung verteilt zur Zeit eine Broschüre in englischer, französischer und deutscher Sprache "Die deutsche Nationalität in Rumänien", worin gewisse Kreise der Bundesrepublik des "Genozids" an den Sachsen und Schwaben ~~gezielt~~ angeklagt werden. Mit anderen Worten: Die Bundesdeutschen, die im Zweiten Weltkrieg die Juden liquidierten, sollen jetzt der Liquidation der Sachsen und Schwaben schuldig befunden werden. Die Sache ist juristisch sehr schlaue eingefädelt. Ich habe seit 1972, seit ich hier bin gewarnt. Die siebenbürgischen Landmannschaftsführer glauben mir nicht, überzeugten gar das Presseamt, daß ich nicht recht glaubwürdig sei. Nun beginnt die Anklage über die Leute von der "Siebenbürgischen Zeitung" hereinzubrechen! Und die Wucht des Einbruches wird von Tag zu Tag grösser und reissender werden.

Ich erlaube mir Ihnen einen "Rückblick" auf die jüngste Geschichte der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben zu überreichen.

Anlage: 1 Rückblick

Mit Gruß:

*Brüderlichkeit mit Gott Mülleit*



*+ Hinweis dabei, daß eine unzulässige Annahme  
angehen soll, daß eine unzulässige Annahme*

*+ siehe letzte Nummer der Sieb. Zg. vom 15.8.1975 Literatur  
Hilfsbuch in Abs. 3 - leider ohne Angabe der genauen Anlage*

## Rückblick auf die

jüngste Geschichte der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben  
(vom Standpunkt der Volksgruppenvertretung im Untergrund)  
(1944 - 1978) *1. Teil*

mit konkreter Behandlung folgender Fragen:

1. Waren die Sachsen-Schwaben in obigem Zeitraum führerlos, bzw. wer sind die legitimen Vertreter der Sachsen-Schwaben? Die Tätigkeit der Volksgruppenvertretung im Untergrund.
2. Warum auf die Vertreibung der Sieb. Sachsen und Banater Schwaben verzichtet wurde?
3. Wer trägt die Verantwortung für die Dracula-Verhältnisse in Rumänien?
4. Warum der Aussiedlungsbeschuß der Landsmannschaftsführung der Sieb. Sachsen vom Jahre 1962 rückgängig gemacht werden muß?
5. Unter welchen Bedingungen ein Ausgleich mit der rum. Regierung möglich ist

Wie sich immer mehr herausstellt, hat die Tatsache, daß die rumänische Regierung im Jahre 1945 - 1947 auf die Vertreibung der Volksdeutschen aus Rumänien verzichtete, die Heimatpolitik der Führung der Landsmannschaft in München entscheidend beeinflußt. Man ging dabei von der Voraussetzung aus, daß die Rumänen aus freiem Willen und aus eigener Überzeugung auf diese Vertreibung verzichtet hätten. Es ist den Landsleuten bis heute nicht bekannt, daß die Verhütung der Austreibung nur durch die politische Intervention der sächsisch-schwäbischen Volksführung im Untergrund möglich war. Lassen Sie mich bitte genau berichten:

Im Jahre 1944/45, kurz nach dem Zusammenbruch, trat im Namen der gewesenen, nach dem Westen geflohenen Volksgruppenführung Fritz Cloos, - der heutige Bundesreferent der Landsmannschaft für soziale Fragen - in Kronstadt an mich heran (Cloos war mit der sogenannten Schneeflockenaktion mittels Fallschirm in Siebenbürgen abgesprungen), mit dem Ersuchen, die Geschäfte der Deutschen Volksgruppe in Rumänien nach bestem Wissen und Gewissen bis auf weiteres zu vertreten, die Grundlagen für eine sächsisch-schwäbische Politik unter den neuen Verhältnissen auszuarbeiten und sie den zuständigen politischen Stellen in Bukarest (den Parteien, dem Königshof) und den akkreditierten Vertretern der Siegermächte vorzulegen. Ich hatte mit Cloos (mit dem ich vor 1944 als freier Rechtsanwalt und gleichzeitig als Rechtskonsulent der von Cloos geleiteten Amtsstelle der Volksgruppe zusammengearbeitet hatte und mit dem ich auch persönlich befreundet bin) eine eingehende Aussprache im Hause seines Schwiegervaters, wo er sich versteckt hielt. Die weiteren Verhandlungen führte ich über den Kronstädter Buchdrucker Gustav Markus, der sich des vollen Vertrauens von Fritz Cloos erfreute und mit diesem auch in verschiedenen anderen u.a. militärischen und finanziellen Angelegenheiten zusammenarbeitete, in Fragen über die ich nicht unterrichtet sein wollte (aus Sicherheitsgründen).

Ich nahm den Vorschlag von Fritz Cloos mit dem Vorbehalt an, daß sich die Vertreter der früheren Volksgruppenführung, die aufgrund freier Wahlen vor der Einsetzung der nationalsozialistischen Führung von Andreas Schmidt durch die damalige Rumänische Regierung (unter General Ion Antonescu auf Vorschlag der Deutschen Reichsregierung) die politischen Interessen der Sachsen-Schwaben vertreten hatten, vor allem Hans Otto Roth, Rudolf Brandsch, Dr. Wilhelm Depner und die Führung der Evangelischen Landeskirche in Rumänien, die ebenfalls frei gewählt worden war, sich dieser Betrauung meiner Person anschließen würde. Dieses geschah auch.

*Das war ein sehr wichtiger Punkt in der Geschichte aller deutschen Völkchen*

Ich arbeitete mit dem Kronstädter Gymn. Prof. Oskar Wittstock in einem Memorandum von 65 Seiten die Grundlagen der sächsisch-schwäbischen Politik mit Berücksichtigung der neuen Verhältnisse aus, wobei 7 Seiten von Herrn Wittstock und der Rest von mir formuliert und verfaßt wurde. Dieses Memorandum sollte dann den oben erwähnten zuständigen in- und ausländischen Stellen in Bukarest vorgelegt werden. In dem Memorandum zeigten wir, daß die Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben ein eigenständiger deutscher Volksstamm seien, daß sie nur gezwungen mit Hitler-Deutschland und der Antonescu-Regierung kollaboriert hätten, in dem sie nach Beseitigung ihrer legalen Führung einfach von der rumänischen Regierung Antonescu und der Vertretung des Dritten Reiches vor fertige Tatsachen gestellt worden seien. Im besonderen wurde auf diesem Wege der zwischenstaatlichen Abmachungen unter Übergehung der sächsisch-schwäbischen Volksvertreter das Abkommen über die Einreihung der sächsisch-schwäbischen Wehrpflichtigen in die deutsche Armee beschlossen und durchgeführt. Wir Volksdeutschen in Rumänien hätten gleich den Juden durch das nationalistische Regime des Herrn Antonescu und der Reichsregierung sehr viel zu leiden gehabt. Darüber hinaus beweise unsere Geschichte, daß wir jahrhundertlang zum Segen des Landes mit den anderen Nationalitäten Siebenbürgens und des Banats in Eintracht und Frieden gelebt und zu der Kultur und Zivilisation des Landes im bedeutenden Ausmaß beigetragen hätten. Ich versäumte nicht, auf einen der englischen Kronzeugen für diese Leistungen, Herrn Charles Boner, hinzuweisen, der gegen Ende des 19. Jh. seine Eindrücke über das sächsische politische und Kulturleben in einer vielbeachteten Broschüre zusammengefaßt hatte.

*Das war ein sehr wichtiger Punkt in der Geschichte aller deutschen Völkchen*

Wir waren bestrebt gleich der ungarischen Volksgruppe und mit Unterstützung derselben (mit Dr. Bela Csakany, dem Generalsekretär der Mados, war ich gut bekannt) und mit Unterstützung der Juden von Kronstadt, hauptsächlich über deren Vertreter Dr. Barsony, für den ich während der Volksgruppenzeit eingetreten war, uns als eigene politische demokratische Organisation zu konstituieren unter dem Vorsitz von Prof. Oskar Wittstock, wobei ich die Geschäftsführung besorgen sollte. Allerdings machten wir uns hiebei angesichts der falschen Politik des <sup>abgesetzten</sup> Andreas Schmidt keine besonderen Hoffnungen. Es galt das Ärgste, vor allem die Vertreibung oder ein Progam zu verhindern. Das Memorandum besprach ich eingehend sowohl mit Dr. Depner, als auch mit dem Bischof Friedrich Müller und dem Bischofsvikar Dr. Hermann aus Hermannstadt, wobei mir auch Gustav Markus und Pfarrer Fritz Schön von Honigberg (der später zum Dechanten des Burzenlandes gewählt wurde) behilflich war. Wir fuhren gemeinsam mit Herrn Gustav Markus nach Hermannstadt, wobei wir neben Bischof Müller und Stadtpfarrer Hermann auch mit dem Kommunisten Rudolf Meyer konferierten, der bekanntlich ein persönlicher Bekannter von Lenin war. Die mit der Ausarbeitung und Vertreibung des Memorandums verbundenen Spesen wurden in erster Linie von Herrn Dr. Wilhelm Depner und den Industriellen Kronstadts, vor allem von Herrn Ing. Ganzert von der Tuchfabrik Scherg getragen. Die Übersetzung des Memorandums in die rumänische Sprache besorgte unter meiner Beihilfe vor allem Herr Prof. Salmen aus der Langgasse, dessen Frau auch das Abschreiben der Denkschrift mit der Schreibmaschine besorgte. Die Übersetzung des Memorandums in die englische und französische Sprache geschah unter der Obhut von Dr. Werner Theil, der gleich Gustav Markus heute in München lebt. Das Memorandum wurde in mehr als hundert Exemplaren geschmackvoll gebunden in Bukarest vor allem durch meinen Freund, Rechtsanwalt Dr. Harald Keintzel, den zuständigen Partei- und Regierungsstellen und dem Königshof sowie den ausländischen Vertretungen vorgelegt. Die Finanzierung lief auch in Bukarest über mich, wobei dieselben Quellen in Anspruch genommen wurden. Ich selbst besorgte die Arbeit ohne Honorar und habe auch nachher bis 1972, solange ich die Geschäfte der Volksgruppe führte, kein Honorar für meine Arbeit erhalten, habe vielmehr auch alle Spesen, die mit der Vertretung verbunden waren (Reisen, Korrespondenz, Zweckgelder etc.) aus eigener Tasche getragen.

*Wäre ein wichtiger Punkt in der Geschichte aller deutschen Völkchen*

4. i. Sicherheit

Unsere Aktion hatte Erfolg, wobei noch erwähnt werden soll, daß Herr Bischof Müller mit einem drei Seiten langen Sondermemorandum auf unser Memorandum an die Regierungsstellen hinwies und dessen Annahme befürwortete. (Auch von anderer Seite sind indessen aus freier Initiative verschiedene Denkschriften von lokaler sächsischer und schwäbischer Seite in Bukarest vorgelegt worden, wie wir verschiedentlich feststellen konnten). Die notwendigen Informationen aus den Ministerien und den zuständigen Präfekturen erhielten wir durch Beamte, mit denen wir im vertraulichen Kontakt standen. Es gelang uns vor allen Dingen neben Herrn Julius Maniu, dem Vorsitzenden der Nationalzaranisten, die Tatarescu-Liberalen für unsere Sache zu gewinnen. Kolonnenlange Auszüge aus unserem Memorandum wurden in dem Parteiblatt der Tatarescu-Liberalen in der "Flacara" gebracht unter dem Titel "Sind die Sachsen für Rumänien eine Gefahr?" Es handelt sich dabei um den Zeitungsartikel, den Gerhard Möckel in seinem Aufsatz "Datum oder Fatum" in der vom Hilfskomitee der Sieb. Sachsen 1977 herausgegebenen Broschüre "Die sieb. sächs. Geschichte in ihrem 9. Jh." S.61 ff erwähnt. Vor allem Herrn Tatarescu ist es zuzuschreiben, der in der Regierung die Funktion eines Außenministers versah, daß dann die Regierung im Einvernehmen mit den Siegermächten die ursprünglich beabsichtigte Vertreibung der Deutschen aus Rumänien abgestoppt hat. Herr Tatarescu setzte sich in der Regierung gegen den Widerstand der meisten Mitglieder der kommunistischen Partei durch, die für eine Aussiedlung und Vertreibung waren. Vor allem war der nationalistische Flügel der kommunistischen Partei, dem Herr Ceausescu angehörte, für die Vertreibung so wie mehrere jüdische Mitglieder des Zentralkomitees die aus der Moldau und aus der Mundenia stammten und die im Innenministerium großen Einfluß hatten. Allerdings trug zu unserem Erfolg auch die besondere ethnographische Konstellation Siebenbürgens und des Banates (ja selbst des Regates bei), auf die wir auch in unserem Memorandum hinwiesen, sowie die Tatsache, daß viele Sachsen (in Kronstadt vor allem neben Dr. Depner und mir, Dr. Rudolf Zeidner) den Juden in der Verfolgungszeit viel beigestanden hatten. Es gelang uns allmählich auch mehrere der kommunistischen Juden aus dem Regat für unsere Sache zu gewinnen und sie aufzuklären. Im Rahmen der kommunistischen Partei traten mehr und mehr Herr Emil Bodnaras und Herr Ion George Maurer, der spätere Ministerpräsident für unsere Sache ein. Sie waren es auch, die uns vertrösteten, daß sie dafür Sorge tragen würden, daß sich die Lage der Sachsen und Schwaben ständig verbessern würde. Auch Chivu Stoica war uns nicht schlecht gesinnt. Informationen von Herrn Maurer erhielten wir vor allen Dingen über seine Jagdfreunde aus Tartlau und Kronstadt, sowie über den Büchsenmacher Bönches aus Kronstadt.

Es gelang uns indessen nicht, uns als eigenständige politische Organisation, ähnlich den Ungarn, zu konstituieren. Der Widerstand war zu ~~stark~~, die persönliche politische Aktionsfähigkeit zu gering. Jedermann konnte wann immer verhaftet werden. Eine einfache Anzeige genügte. Als Deutscher durfte man lange Zeit auch nicht den Wohnort verlassen, mit der Bahn fahren etc. Man war sozusagen Freiwild. Auch eine eigenständige sächsisch-schwäbische autonome Region nach dem Muster der ungarischen konnte nicht ++). Vor allen Dingen zog sich Herr Prof. Oskar Wittstock von seinem Bruder Erwin Wittstock beraten, bei der großen Gefährdung durch das Innenministerium und die kommunistische Partei aus dem politischen Leben zurück. Herr Dr. Hans Otto Roth und Herr Rudolf Brandsch wurden verhaftet mitsamt ihren rumänischen politischen Freunden (Julius Maniu etc.). So blieb auch mir nichts übrig, als in den Untergrund zu gehen und die politische Vertretung unseres Volkes unter Vermeidung jedweden offiziellen Auftretens zu besorgen. Vor allen Dingen mußten wir darauf bedacht sein, daß wir nicht als politische Gruppierung in Erscheinung treten, weil wir sonst mit sofortiger Verhaftung, ja Liquidierung rechnen mußten. Mein Beruf als Rechtsanwalt, den ich bis zum Jahre 1948

i k g s

+) Die Fehler der abgetretenen Volksgruppenführung waren zu groß.

++) ernstlich in Erwägung gezogen werden.

zu haben  
keine Lösung

von der  
Arbeit von  
der Kuratoren  
von mir  
wurde  
auf 20  
Schwaben  
Personen

offiziell und auch später als "Berater" weiterführen konnte, erlaubte es mir, mit der Vertretung der Kirche und der Nachbarschaften in Stadt und Land engen Kontakt zu halten, ohne daß die bei mir ein- und ausgehenden Kuratoren, Kirchenväter, Altrichter, Pfarrer, Dechanten als "politische Gruppierung" identifiziert und verfolgt werden konnten. Auf diese Weise konnte die Vertretung unseres Volkes bis zum Jahre 1972 fortgeführt werden, ohne daß jemand durch meine Aktivität politisch gefährdet wurde. Trotz eifrigen Suchens und Forschens gelang es den Sicherheitsbehörden im Jahre 1963, als ich zum ersten Mal verhaftet wurde, nicht, den Nachweis einer politischen Gruppierung zu erbringen und es gelang mir sowohl im Jahre 1963 als auch im Jahre 1970 mit Hilfe politischer und sonstiger Personen, durch geschicktes Manipulieren, das weder der Tragik, noch aber auch der Komik und des Humors entbehrt, mich der Gefahr der Liquidierung im Gefängnis zu entziehen, was Hans Otto Roth und Rudolf Brandsch leider nicht gelungen war.

und die  
an mich  
in Rumänien

Die Rückgabe der Häuser und Gärten an die Sachsen und Schwaben wurde durch Eingaben an die zuständigen Stellen in Partei und Regierung vorbereitet. In den Eingaben, die im Namen von Einzelpersonen aus der Landw. verfaßt wurden, wiesen wir auf den Nutzen hin, der aus der Rückgabe für die ganze Volkswirtschaft erwachsen würde. Die Namen dieser Personen können aus Sicherheitsgründen nicht angegeben werden, weil sie auch heute noch in Siebenbürgen leben. Erwähnt sei bloß der Maler Prof. Eduard Morres aus Zeiden, mit dem ich im Frühjahr 1966 nach Bukarest fuhr, um eine Verbesserung des Dekretes über Zurückgabe der Häuser und Gärten zu erreichen, was uns auch gelang. Herr Prof. Morres ist heute über 96 Jahre alt und erfreute sich bei den Künstlern in Bukarester Kreisen eines hohen Ansehens. Auch innen-völkisch war ich sehr tätig und bemüht, durch viele kulturelle Veranstaltungen in Kronstadt nicht nur das Zusammengehörigkeitsgefühl und die Daseinsbejahung zu stärken, sondern auch den anderen sächsischen und schwäbischen Städten und Gemeinden im Land mit gutem Beispiel voranzugehen. Diese Tätigkeit entwickelten wir vor allem als Elternbeirat der deutschen Abteilungen der Schulen. Ich selbst war in Kronstadt die längste Zeit stellvertretender Vorsitzter und Animator des Elternrates (als Vorsitzenden wählten wir bewußt einen Arbeiter) und arbeitete vor allem mit Prof. Dr. Hugo Schuster eng zusammen - in unserem Bemühen von Dir. Otto Liebhardt tatkräftig unterstützt. Sogar das Honterusfest konnten wir wieder einführen. Auch mit dem Banat waren wir in Tuchföhlung, wobei in Temeschburg als Wiederaufbauer der Lenaschule vor allem Dr. Heinz Feichter, den ich von der Universität Klausenburg gut kannte, sowie sein Mitarbeiterstab zu erwähnen ist. Vor allem sind auch Prof. Pfaff, Binder, etc. zu ~~erwähnen~~ nennen.

was hatte  
Klausenburg

Währenddessen hatte die Landsmannschaftsföhrung in München im Jahre 1962 in Unkenntnis unserer Bemühungen in Rumänien wie viele der Leser wissen dürften, nach Anhörung verschiedener Personen die Aussiedlung unserer Leute aus Rumänien beschlossen und ihre Interventionen zur Realisierung ihres Planes eingeleitet, ohne die genaue Konstellation in Rumänien zu kennen. Die erste Föhlungsnahme erfolgte über Berthold Beitz, dem Generaldirektor der Krupp-Werke, sowie anderen Mittelsmännern, denen es gelang, an persönliche Vertraute von Herrn Ceausescu heranzukommen. Diese Kontakte wurden unter Umgehung von Herrn Maurer und seines Flügels weitergepflegt. Herrn Ceausescu waren diese Aussiedlungstendenzen natürlich äußerst willkommen, was er den deutschen Unterhändlern aber natürlich nicht zeigte. Im Gegenteil, er tat mit der ihm charakterisierenden Listigkeit alles, um die Deutschen in ihrem Irrtum zu belassen, tat so, als ob er (gleich maurer etc.) gegen die Aussiedlung sei und sich nur schwer entschließen könne, die Deutschen herauszugeben, die ihm wirtschaftlich so wichtig seien. Herr Ceausescu hatte insoweit keinen leichten Stand mit seinen geheimen Absichten, als Herr Maurer und sein Anhang auch

ik - 5 -

Nach der Emigration in Rumänien als Föhrer. Da hängt es nur mit Maurer  
ersten Kontakt gehabt haben, ob die Emigration dann noch Tage im Rahmen  
des Rumänien, aber auch die politischen Fakten in diese Hinsicht hielt, weil  
Maurer die Emigration wollte.

weiter und in verstärktem Maß für das Verbleiben der Sachsen und Schwaben im Lande eintraten. Herr Maurer mußte aber Schritt um Schritt zusammen mit Herrn Bodnaras vor der ans Diabolische grenzenden Schlaueit und Listigkeit Ceausescus zurückweichen und wurde im Dezember 1970 völlig ausgeschaltet durch einen Unfall.

Das Geheimabkommen zwischen Ceausescu und den Vertretern der Landsmannschaft, der es gelungen war im Jahre 1967 auch den Bund der Vertriebenen für sich zu gewinnen (Dr. Csaja, Dr. Hupka) brachte nun eine völlige Änderung auch in der rumänischen Innenpolitik. Einerseits sah man sich aufgrund des Abkommens verpflichtet, die kulturellen Rechte der Deutschen und der ungarischen Minderheit durch Vermehrung der Zeitungen und der Rundfunksendungen zu erweitern, sowie dieses die deutschen Vertreter von dem BdV beraten verlangt hatten, andererseits mußte man alles tun, um den Sachsen und Schwaben das Verbleiben in Rumänien zu vereiteln. Listig und verschlagen ging Ceausescu folgenden Weg, um sein Ziel der "Vertreibung mit Glacéhandschuhen" zu erreichen: Man trieb die Enteignungsmaßnahmen bis auf die Spitze, nicht nur hinsichtlich des Bodenbesitzes, sondern auch der sogenannten Kulturgüter (Bibliotheken, Archive, Kunstgegenstände etc.), verbot die deutsche Benennung der Ortschaften, verschärfte die Sicherheitskontrollen auf allen Gebieten. Natürlich konnten diese Maßnahmen aus politischen Gründen nicht nur gegenüber den Sachsen durchgeführt werden, sondern mußten allgemeinen Charakter tragen. Auf diese Weise wurde Herr Ceausescu, der hinsichtlich seiner nationalistischen Ziele keine Grenzen kennt, allmählich aus einem mehr oder weniger normalen Menschen zu einem richtigen "Dracula" umgewandelt, der nach dem Muster seines Idols Vlad Tepes auch seine eigenen Landsleute der rücksichtslosesten Behandlung unterwirft, um sein Ziel zu erreichen, aus Rumänien einen Nationalstaat zu machen: 1.) Durch erzwungene Auswanderung und 2.) durch ethnische Assimilierung des im Lande verbliebenen Restes der deutschen Bevölkerung. (Bekanntlich fiel auch Vlad Tepes seinerzeit im 15. Jahrhundert in das Burzenland ein, nachdem er mit den Sachsen in Konflikt geraten war, konnte aber gegen die Sachsen nichts ausrichten, die ihm im Schutze der Stadtmauern die Stirne bieten konnten und es mußte sich der wallachische Fürst damit begnügen, die Schafherden des Burzenlandes zu vernichten, die den siebenbürgisch-rumänischen Hirten gehörten). So gesehen ist es klar, daß die verfehlte Politik der Landsmannschaftsführung aus München die Ursache der stalinistischen Maßnahmen und der Dracula-Verhältnisse in Rumänien geliefert hat, unter denen nicht nur die Sachsen und Schwaben, sondern in gleicher Weise, die ungarische und rumänische Bevölkerung Rumäniens zu leiden hat. Mir ist es leider bis heute nicht gelungen, die Landsmannschaftsführung von der Weiterverfolgung ihres irrigen Weges abzuhalten. All meine Versuche scheiterten an dem einmal gefaßten Vorurteil. Der Sonderausschuß, den ich im Rahmen der Kreisgruppe der Landsmannschaft Nürnberg unter dem Vorsitz von Pfarrer Viktor Möckesch ins Leben rief, mit dem Ziel, die Landsmannschaftsführung in München in Fragen der Heimatpolitik zu beraten, wurde sozusagen gewaltsam aufgelöst. Es wurde mir und Gleichgesinnten in der Versammlung der Landsmannschaft vom 24. Mai 1974 das Wort entzogen und eine Diffamierungskampagne gegen mich eingeleitet mit der Begründung, daß ich gegen die Aussiedlung und damit gegen die Mehrheit des Willens der deutschen Bevölkerung in Rumänien sei. Meine Eingaben an die Landsmannschaftsführung und an die "Siebenbürgische Zeitung" fanden keine Beachtung. Es gelang mir bis heute aus Mangel an publizistischen Mitteln nicht, die Landsleute über den wahren Sachverhalt zu informieren.

Das Grundproblem unserer Heimatpolitik bleibt nach wie vor die Frage, ob wir uns für eine Aussiedlung aussprechen oder nicht. Sprechen wir uns für eine Aussiedlung aus, so wie dies die Landsmannschaftsführung im Jahre 1962 beschlossen hat und machen wir diesen Aussiedlungsbeschluß nicht rückgängig, heißt dieses mit anderen Worten, daß wir angesichts der völkerrechtlichen Bestimmungen in Gefahr sind, unser ganzes Vermögen in Rumänien zu verlieren, heißt dieses, daß wir die deutschen Politiker dem Vorwurf des Genocids an den Siebenbürger Sachsen aussetzen bzw. der "Volksliquidierung", wie derselbe Begriff von der eingangs erwähnten Broschüre des Hilfskomitees der Sieb. Sachsen genannt wird. Den gleichen Vorwurf des Genocids erheben böswillig oder naiv die offiziellen und unoffiziellen rumänischen Stellen und vor allem die Führung des "Rates der Werktätigen in Rumänien". Mit anderen Worten: Entschließen wir uns freiwillig zur Aussiedlung, werden wir sowohl unser privates als auch das kommunale und nationale Vermögen in Rumänien verlieren, als auch die Bundesdeutschen moralisch und völkerrechtlich schwer belasten. Im besonderen werden davon unsere Landsleute in Österreich betroffen sein, die weder Lastenausgleich von der BRD noch Entschädigung von der rumänischen Regierung erhielten, aber auch diejenigen, die in die Bundesrepublik ausreisen, weil auch diese de facto nur eine Lappalie an Lastenausgleich erhalten. Dieses alles hat die Landsmannschaftsführung aus München nicht bedacht. Während Herr Erhard Plesch noch vorsichtig von Familienzusammenführung sprach, hat die Unvorsichtigkeit von Herrn Bergel und Herrn Bruckner, die offen die "Aussiedlung" und das "Aufgeben" proklamierten, dem Faß den Boden völlig ausgeschlagen. Herr Zillich kann durch neuerliche Interviews den Lapsus von Herrn Bruckner und Herrn Bergel nicht mehr gutmachen. Es bleibt keine andere Möglichkeit für Bruckner und Bergel, als ihre Fehler einzugestehen und die sofortige Einstellung der Aussiedlung zu verlangen, solange noch Zeit ist.

Mit Recht wurde in den letzten Folgen der "Siebenbürgischen Zeitung" die Frage aufgeworfen, ob die Sachsen führerlos dastehen.

Tatsächlich sind in der Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen von 65.000 Sachsen die im Westen leben, nur 8.000 Personen erfaßt und auch von diesen 8.000 Personen sind ein großer Teil gegen die Aussiedlungspolitik der Landsmannschaftsführung und werden es noch entschiedener sein, sobald sie genauer informiert sind. Es steht also Herrn Zillich als dem Ehrenpräsidenten dieser Landsmannschaft und Herrn Bruckner vom demokratischen Standpunkt absolut nicht das Recht zu, im Namen aller Siebenbürger Sachsen zu handeln und Beschlüsse zu fassen. Ein viel legitimeres Recht hierzu hätte der Schreiber dieser Zeilen, der - wie gezeigt wurde - 1945 die demokratisch gültige Vollmacht zur Vertretung des sächsischen und schwäbischen Volkes erhalten hat. Ich habe mich aus persönlichen Gründen bis heute nicht entschließen können, offiziell auf meinem Vertretungsrecht zu bestehen. Ich hatte immer gehofft, daß ich mit Herrn Zillich und den anderen Landsmannschaftsführern mich auf gutem Wege im Interesse unseres Volkes einigen könnte. Ich habe mich wiederholt an Herrn Zillich und an die Landsmannschaftsführung in München gewandt, doch leider bis heute ohne Erfolg. Angesichts der traurigen Lage und um dem unüberlegten Treiben auf dem Gebiet der Heimatpolitik entgegen zu wirken, sehe ich mich genötigt, auf mein ausschließliches und legitimes Mandat der Vertretung der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben hinzuweisen und alles zu versuchen, um einer katastrophalen Entwicklung Einhalt zu gebieten, die die ahnungslose Landsmannschaftsführung in München, die Bundesrepublik und Europa mitsamt unserem Volksstamm schwer belasten würde. Ob es gelingt, steht in den Sternen. Es wäre die Unterstützung der Einsichtigen notwendig. Vor allem müßten die übelsten Aussiedlungspropagandisten erfaßt werden, damit dieselben im Notfall zur Verantwortung gezogen werden können. Es muß ihnen klar gemacht werden, daß ihre Aktivität gesetzwidrig ist (Frankf. Allg. vom 21.6.1978) und sie dem deutschen Volk den Vorwurf eines zweiten Genozids eintragen.

Wir weisen darauf hin, daß unsere demokratisch gewählten Mandanten (Dr. Hans Otto Roth, Bischof Friedrich Müller, Rudolf Brandsch, Dr. Wilhelm Depner etc.) ausnahmslos gegen eine Aussiedlung waren.

Ich weise darauf hin, daß dieser "Rückblick" keinen Anspruch auf Vollständigkeit hinsichtlich der historischen Geschehnisse enthält. Vor allem wird davon abgesehen, verschiedene andere Kraftfelder des Widerstandes entsprechend zu berücksichtigen. Und die Aktivität dieser Kraftfelder (etwa Erwin Wittstock, Dr. Konrad Möckel und Frau, Bischof Müller u.a.) wäre besonders erwähnenswert. Zeugt sie doch von der Fähigkeit der Zusammenarbeit auch ohne besondere Absprache. Oft genügte ein aufmunterndes Wort, ein Händedruck, oft mußte es auch ohne Aufmunterung gehen.

Die Fortsetzung dieses "Rückblickes" zur gegebenen Zeit soll diese "Unterlassungen" wettmachen. Vor allem gilt es, die zeitweilige Aufhebung des Aussiedlungsbeschlusses vom Februar 1970 näher zu beleuchten.

Es sei bemerkt, daß mein Widerstand gegen die nationalistischen Vernichtungsangriffe ohne den kontinuierlichen Beistand meiner Frau Olga Knopp, die von Beruf Lehrerin ist, kaum vorstellbar ist. Sie hat sich durch ihre Tätigkeit, durch ihr Mitkämpfen - Mitleiden ein unleugbares Mandat der Kompetenz erworben, das niemand in Frage stellen kann.

Es gilt auch die näheren Umstände der Verschleppung der Sachsen-Schwaben im Jahre 1945 nach Rußland zu schildern, die wenigen genau bekannt sind. In den westlichen Publikationen und auch in der erwähnten Broschüre "Sieb.-sächsische Geschichte im 9. Jh." werden die Vorgänge vielfach unzutreffend wiedergegeben. Vorweg eine Feststellung: Der Versuch des heutigen rum. kommunistischen Staatsführers, die Verantwortung für diese Aktion der russischen Regierung in die Schuhe zu schieben, ist unfair. Die rumänische Regierung hätte die Verschleppungsaktion auch ganz anders behandeln können. Sie wurde weitgehend allein vom Innenminister vorbereitet, der der Kommunistischen Partei angehörte. Die Führer der historischen Parteien, die damals der Regierung noch angehörten, (z.B. Julius Maniu) hatten von der Vorbereitung der Aushebung keine Ahnung. Maniu war zutiefst alarmiert und beunruhigt als er hiervon von uns erfuhr. Die Reaktion Dr. Hans Otto Roths und Dr. Depners berührte ihn zutiefst, die dann auch dazu führte, daß neben Roth die Mitglieder des Kreisausschusses Burzenland einmütig den Bruch der Anschlußbedingungen (der Sachsen-Schwaben) an Rumänien (Vertrag von Karlsburg 1918, und des Minderheitenschutzvertrages von Paris vom Jahre 1919) feststellten, mit anderen Worten: Es wurde Herrn Maniu von Herrn Roth und Depner (Dr. Depner sprach mit Maniu auf dem Bahnhof in Kronstadt bei dessen Durchreise am 9. Jan. 1945 von Hermannstadt nach Bukarest) klar zu verstehen gegeben, daß die Durchführung der Verschleppung unweigerlich zur Rückgängigmachung unserer Anschlußerklärung führen würde, nachdem die deutsche Bevölkerung bereits durch den Verkauf unserer Wehrpflichtigen durch Antonescu an das Dritte Reich schwer erbittert war. Maniu nahm die Bemerkung Depners ohne Aufregung mit Verständnis entgegen. Die Verschleppung fand dann doch statt (unter Umständen, die später einmal geschildert werden sollen) gegen den Protest Manius.

Die Mitglieder des Kreisausschusses Burzenland, die gleichzeitig die Funktion des Landesausschusses ausübten (viele der Mitglieder waren auch schon 1918 dabei) sprachen sich nach der Durchführung der Verschleppung für eine Kündigung der Anschlußerklärung aus und das Memorandum vom März 1978, das diese Kündigung formell ausspricht, basiert zum Teil auf obigem Beschluß und auf obiger Begründung - zu der inzwischen (leider) auch viele neue Gründe hinzugetreten sind, wie aus dem Memorandum hervorgeht.

Zusammenfassend

Wir dürfen vom juristischen Standpunkt nicht für eine Aussiedlung der Deutschen aus Rumänien eintreten (selbst wenn wir insgeheim diese Aussiedlung für die einzige Möglichkeit der "Rettung" halten sollten), weil wir hiedurch das deutsche Volk und seine Politiker moralisch und völkerrechtlich schwer belasten (des Genocids anklagbar machen) indirekt - (aus östl. Blickwinkel) der listigen nationalistisch-rumänischen völkerrechtlichen Interpretation Vorschub leisten, als ob wir durch unsere Aussiedlung auf unser ganzes - persönliches, kommunales, nationales, kirchliches Vermögen und Erbe in Rumänien verzichten würden. Zu diesem Verzicht haben wir kein Recht und kein Mandat. Wer für die Aussiedlung dennoch eintritt, setzt sich ggf. der Rücklage von Volksgenossen auf Schadloshaltung aus, für den Fall, daß sie ihr Vermögen bei Änderung der Lage nicht in natura zurückerhalten, bzw. eine Entschädigung von rumänischer Seite nicht geleistet wird. Mit anderen Worten, die Landsmannschaftsführer und jeder andere Volksgenosse, der für eine Aussiedlung mit Worten und Taten eintritt, muß damit rechnen, für seine Handlung zur Verantwortung gezogen und auf Schadenersatz geklagt zu werden. Die Behauptung von Hans Bergel, daß die Landsmannschaftsführung mit ihrer Aussiedlungspolitik im Einvernehmen mit der Bundesregierung und der amerikanischen Regierung handle, ist unzutreffend und irreführend. Die Bundesregierung betont immer wieder, daß sie hinsichtlich der Entscheidung für oder gegen die Aussiedlung sich jeder Stellungnahme enthält, daß diese Frage von den Sachsen-Schwaben allein entschieden werden müsse - und daß sie sich verpflichtet fühle bloß den aufzunehmen, der sich für eine Einreise in die BRD entschließe. Entsprechende Schriftstücke der zuständigen Stellen der BRD (Innenministerium, Außenamt, Vorstände der Parteien, des BdV) liegen vor. Somit schieben die bundesdeutschen Stellen die ganze Verantwortung von sich und auf die Landsmannschaftsführung. Daß ggf. die amerikanische Regierung die Verantwortung für die Liquidierung des sieb.-sächsischen Volksstammes übernehmen würde, das glaubt im Ernstfall wohl niemand und Herr Bergel sollte sich eigentlich schwer hüten, solche Behauptungen aufzustellen, wie die obige.

hans bergel  
sagt!

Wann?

Herr Zillich, Bergel etc. mögen gute Schriftsteller und Dichter etc. sein, in Sachen Politik kennen sie sich zu wenig aus, sind der schlauen rumänischen Regierung nicht gewachsen und waren bis heute zu überheblich, sich von Volksgenossen etwas sagen zu lassen, die mehr verstehen wie sie. Z.B. waren bis heute auch all meine Versuche in dieser Richtung vergeblich.

Der Bund der Heimmattreuen sieht sich angesichts dieser Tatsachen genötigt, sich innerhalb und außerhalb der Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen in Deutschland als Opposition zu konstituieren und auf Aufklärung und Neuwahlen und auf der Wahrung unserer Rechte Bukarest und Bonn gegenüber zu bestehen. Er wird alles tun, um einerseits das Deutsche Volk vor neuer moralischer Belastung zu bewahren und andererseits die Vermögensrechte derjenigen Landsleute zu wahren, die sich ihrem Bund anschließen. Er ist nicht bereit für die Rechte derer zu kämpfen, die nicht mittun wollen und durch ihre Passivität die Aktion der Einsatzbereiten erschweren.

Lauf Brief Kopf des B. d. H. - schickt er aus: Fr. Fr. Bruno W. Knopp in  
Olga Knopp

Wir wissen, daß unsere Landsleute aus Siebenbürgen und dem Banat nicht deshalb die Heimat verlassen haben, weil sie dieser Heimat und deren Völkern untreu werden wollen, sondern weil die Führung der Landsmannschaft in München, trotz größter Freiheiten und Möglichkeiten nicht fähig war, etwas Entscheidendes für die Verbesserung der Lage ihrer Landsleute in Siebenbürgen und dem Banat zu unternehmen. Im Gegenteil: Sie hat durch ihr Versagen die schlimme Lage selbst z.T. direkt oder indirekt mit herbeigeführt.

Es muss  
nicht in  
der  
Angelegenheit  
der 14 Klug

Wir wollen dafür im Gedenken an unsere Ahnen, die "Bollwerk der Christenheit" genannt wurden, Alles tun, um unsere Heimat zusammen mit all ihren Söhnen, abgesehen von ihrer Nationalität zusammen mit allen Völkern und Stämmen Europas wieder in die Freiheit zu führen und Alles tun, um die Vernichtungsabsichten des Teufels zunichte zu machen.

Beitrittserklärungen sowie Spenden für den Bund der heimattreuen Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben sind zu richten an obige Anschrift (und Konten). Sollten genügend Spenden einlaufen, wird der Bund eine eigene Zeitung herausgeben.

Es ist  
beabsichtigt

Es besteht kein Zweifel, daß in dem Falle, wo die hier und im Memorandum-Entwurf empfohlene sächsisch-schwäbische Heimatpolitik befolgt wird, die rumänische Regierung nachgeben muß, wenn sie nicht abtreten will (in welchem Fall unsere Kündigung der Anschlußerklärung suspendiert werden könnte). Durch die Anwendung der stalinistischen Maßnahmen, die, wie gezeigt wurde, die Hinausekelung der Sachsen-Schwaben aus dem Land und die Aneignung ihres Wirtschafts- und Kulturbesitzes bezweckt, hat sich die rum. Regierung bei der ganzen Bevölkerung des Landes - auch bei den Rumänen, derart verhaßt gemacht, daß das ganze politische Gefüge des Staates vor dem Zusammenbruch steht. Bei freier Wahl würden sich auch die Siebenbürger und Banater Rumänen zum Großteil für Ungarn, die Moldauer für Rußland, entscheiden, nur um der Tyrannei eines nationalistischen Narren zu entgehen. Nur die totale Rückgabe des Grund und Bodens, wie in Polen, die totale Liberalisierung der Wirtschaft kann Ceausescu noch retten. Erkenntnisse in dieser Richtung sind bereits sichtbar. Angesichts dieser Sachlage müssen wir klug sein, die Nerven behalten und nichts tun, was unsere Volkssubstanz und Interessen gefährdet. Die rumänische Regierung muß (dieses verlangen wir) unser ganzes Siedlungsgebiet entkolonisieren, so wie wir dieses wünschen und uns Entschädigung leisten, unsere Autonomie herstellen so wie wir sie von altersher besaßen. Tut sie es nicht, wird es eine andere Regierung tun. Auch eine zusätzliche Ansiedlung von deutschen und ungarischen, kroatischen, jüdischen u.a. Volksgenossen muß gefordert werden, um in Zukunft solchen nationalistischen Eskapaden vorzubeugen, wie wir sie heute erlebt haben. Rumänien war und wird ein Nationalitätenstaat und Föderalstaat sein - oder es wird nicht sein. Dafür setzen wir uns ein. Befolgen wir obige Politik, dann war unser Kämpfen und Leiden nicht umsonst. Dann wird die listig betriebene Aussiedlungspolitik sich gegen deren Betreiber richten. Der Listige wird der Überlistete sein, wenn der in letzter Zeit in die Freiheit gelangte Teil der Sachsen-Schwaben, nicht, wie Ceausescu dieses hoffte, sich damit begnügen in weichen Betten zu schlafen, sondern dafür eintreten, daß sie ihrem Heimatland und allen Söhnen, ohne Unterschied der Nationalität, die Freiheit zurückgewinnen.

was  
wird  
mit  
gefragt

Besinnt sich die rumänische Regierung und akzeptiert sie unsere Vorschläge, könnten unsere im Memorandum ausgesprochene Kündigung der Anschlußerklärung suspendiert werden. (Es würde sich dabei ein Fall wiederholen, der etwa 1930 stattfand, als Dr. Karl Schnell, der damalige Vorsitzende der "Deutschen Volksgemeinschaft in Rumänien aus ähnlichen Motiven heraus, eine Eingabe an den Völkerbund in Genf aufgesetzt hatte, die dann aber im Schreibtischfach versorgt blieb, nachdem die damalige Regierung eingelenkt hatte).

die wird  
nicht  
aufge-  
nommen  
werden  
muss  
bezüglicher